

Don. Lud.

LXIX,

509.
89.
Behr

Don. Lud. LXIX, 1.

Geschenk

Seiner Majestät des Königs Ludwig I.

aus

Höchstseffen Privatbibliothek.

<36610688500015

<36610688500015

Bayer. Staatsbibliothek

Das
Recht und die Pflicht
d e r
R e g i e r u n g e n
in
Beziehung auf die gegenwärtige
Theurungsangelegenheit.

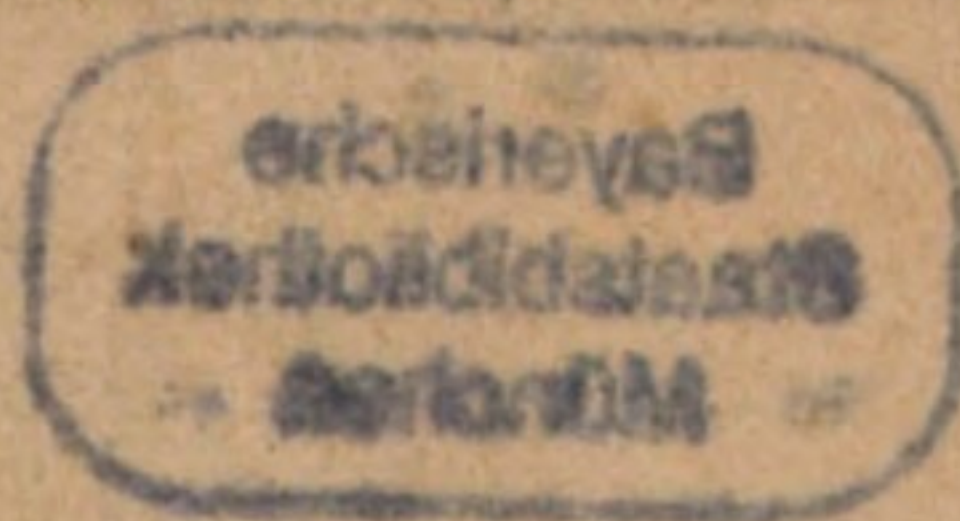
Staatswissenschaftlich erörtert

von

Dr. W. J. Behr.

W ü r z b u r g 1 8 1 7.

Gedruckt bey F. E. Nitribitt, Univ. Buchdr.



De

Recht und die Pflicht

der

Rechtsgenossen

Das Recht ist ein Gebot, das dem Willen des Menschen gegenübersteht. Es ist ein Gebot, das dem Willen des Menschen gegenübersteht. Es ist ein Gebot, das dem Willen des Menschen gegenübersteht.

Die Pflicht ist ein Gebot, das dem Willen des Menschen gegenübersteht. Es ist ein Gebot, das dem Willen des Menschen gegenübersteht. Es ist ein Gebot, das dem Willen des Menschen gegenübersteht.

Die Pflicht ist ein Gebot, das dem Willen des Menschen gegenübersteht. Es ist ein Gebot, das dem Willen des Menschen gegenübersteht. Es ist ein Gebot, das dem Willen des Menschen gegenübersteht.

Bayerische
Staatsbibliothek
München

Hat man in früheren Zeiten, theils aus Mangel an gehöriger Achtung für rechtsgemäße Freyheit, theils aus übertriebener Aengstlichkeit, die Freyheit des Getreidhandels über die Gebühre beschränkt, so ist man in den neuesten Zeiten auf das entgegengesetzte Extrem gekommen, aus Gründen, die sich finden werden, eine grenzenlose Freyheit jenes Handels zu gestatten und in Schutz zu nehmen.

Fortdauernd reiche Spenden der Natur begünstigten lange diese, nur unter solchen Voraussetzungen haltbare, Ansicht: als aber, nach vorausgegangener mehrjähriger Erschöpfung der deutschen Völker, die, nicht bloß lokalen, sondern fast allgemein beunruhigenden Resultate der letzteren Aerndte sichtbar wurden, konnte, mit alleiniger Ausnahme der einseitigen sogenannten Staatswirth, jeder Unbefangene die schlimmsten Folgen des Beharrens bey dem Principe unbedingter Freyheit des Getreidhandels mit Bestimmtheit voraussehen, und ich würde damals schon meine Ueberzeugung in Ansehung dieses Gegenstandes offen dargelegt haben, wäre ich nicht mit unmittelbaren Berufsgeschäften überladen, und von der beruhig-

genden Zuversicht beseelt gewesen, die Handgreiflichkeit der Sache müsse unverzüglich den Rücktritt von jenem Irrthume bewirken.

Meine Zuversicht wurde getäuscht; man beharrte, während man die Freyheit der Bürger in so vielen andern Rücksichten mächtig zu beengen sich nicht scheute, eigensinnig auf dem Principe jener Handelsfreyheit, der größte Theil der Bürger versank in Jammer und Noth unter Bereicherung einiger Händler und Wucherer, und die Regierungen mühen sich vergebens, dem fürchterlich weit gediehenen Elende zu steuern, weil eine fest gewurzelte, durchaus irrige Ansicht sie die rechten, allein zum Ziele führenden Mittel nicht ergreifen läßt.

Diese Mittel sind — ich bitte die Herren Staatswirthe, ruhig zu bleiben, ruhig zu prüfen, und erst, nachdem sie mich ganz vernommen haben, zu entscheiden, — unter bestimmter Voraussetzung unverholen auszusprechende Getreidsperrre gegen das Ausland, Bestimmung eines Maximums des Getreidpreises, und Hervorziehung der Getreidvorräthe, wo sie sich finden, gegen Erstattung dieses höchsten Preises.

Ich werde die vollkommene Gerechtigkeit und Zweckmäßigkeit dieser Mittel beweisen, und behaupte kühn im Vertrauen auf meine Gründe, daß einzig dem, durch das oft erwähnte Prinzip der Handelsfreyheit mo-

tivirten, Nichtgebrauche dieser Mittel der gegenwärtige Zustand beyzumessen, und dafs demselben einzig durch ungesäumte Anwendung dieser Mittel zu steuern, alle anderen noch so grossen Bemühungen und Opfer der Regierungen rein vergeblich seyen.

Es ist nicht Tadelsucht, die mich jetzt zu schreiben antreibt, sondern die Ansicht der immer noch fortdauernden Scheue vor dem Ergreifen jener Mittel, welche uns eine noch schlimmere Aussicht eröffnet. Was einmal geschehen ist, ist geschehen, und kann weder durch Tadel noch durch Klagen geändert werden; aber nachdem noch in den jüngsten Tagen öffentliche Stimmen das Prinzip unbedingter Handelsfreyheit mit Getreid auch unter den jetzigen Verhältnissen in Schutz zu nehmen gewagt haben, ist es nicht mehr Sache der Willkühr, sondern unabweisliche Pflicht, jenem Irrthume um seiner unberechenbaren traurigen Folgen willen öffentlich in den Weg zu treten, und alles aufzubieten, um die ohnedies genug gedrückte Menschheit dieser Folgen zu entheben. Dabey kann es natürlich nicht um Zierlichkeit der Worte und ihrer Stellung, -sondern nur um die Stärke und das Gewicht der Gründe zu thun seyn. Nur sie im Auge, werde ich mich übrigens um so kürzer fassen, je mehr es Noth thut, diese Gründe möglichst schnell zu Tage zu fördern.

Zwar mögte mancher glauben, auch die

möglichste Eile könne jetzt nicht mehr gegen den Vorwurf der Verspätung schützen: allein — abgesehen davon, daß ich mich darauf berufen kann, das meinige bereits gethan zu haben in den, in meinem Systeme der Staatskunst (1810. dritte Abtheilung. §. 576. 581.) bereits aufgestellten und begründeten Vorschlägen zur Verhütung oder Entfernung eines Mangels an Befriedigungsmitteln absoluter Bedürfnisse, und daß ich die Beachtung dieser, noch nirgends widerlegten, und kaum widerlegbaren Vorschläge von der Staatspraxis mit einigem Rechte erwarten durfte, — so ist noch ein nur zu bedeutender Zeitraum zurück bis dahin, wo wir die Früchte der kommenden Aerndte genießen können; ein allenthalben, im In- und Auslande, vollkommen glückliches Resultat dieser Aerndte ist auch in der That durch den Charakter der bisherigen Witterungsverhältnisse nichts weniger, als vollkommen verbürgt, und, wäre dies auch der Fall, so hat sich doch unverkennbar der Spekulationsgeist auf den Getreidhandel in einem Grade geworfen, welcher mit Bestimmtheit vorhersehen läßt, jener werde, wenn nicht durch die kräftigsten Mafsregeln gezügelt, auch nach einer glücklichen Aerndte die Getreidpreise auf einer Höhe zu erhalten wissen, die, wenn auch wesentlich different von der jetzigen, dennoch, bey der bis dahin fortschreitenden Erschöpfung des größten Theils des Volks, in ih-

ren Wirkungen der jetzigen ziemlich gleich bleiben dürfte.

Sollte aber, was Gott verhüten wolle! die Natur uns kärglich spenden, dann mögte wohl ein Grad der Noth, der kein Gebot mehr kennt, die Anerkennung meiner Grundsätze bald erzwungen haben.

Auf keinen Fall fürchte ich also eine Verspätung meiner Arbeit, und wäre sie für den gegenwärtigen Moment verspätet, ein Fall, den ich um seiner nothwendigen Voraussetzung willen selbst recht sehnlich wünsche, so mag sie als Lehre oder Warnung für die Zukunft dienen.

Dafs es Pflicht der Regierung des Staats sey, einer Uebertheuerung des Getreids — das ist, einem solchen Stande des Getreidpreises, welcher, indem er einer Seits den Productionsaufwand und den billigen Gewinn der Produzenten übersteigt, anderer Seits der ganzen Klasse der Consumenten drückend, und in seiner Dauer sogar ihrer Existenz gefährdend ist, — vorzubeugen, und ihr, wenn sie hereingebrochen ist, desto nachdrücklicher zu steuern, kann keines Beweises mehr bedürfen; denn die Aufgabe der Rechtssicherung umschliesst gar zu sichtbar die Verbindlichkeit zum Schutze der Existenz der Staatsbürger, als der Urbedingung alles Rechtsgenusses, und wenn die Gefährdung der physischen Subsistenz des Volks, den Staat selbst

mit der Gefahr seiner Auflösung bedroht, so erscheint die Obsorge für Beseitigung und Hemmung jener Gefahr von Seite des Staats unstreitig nur als nothwendige Sorge für seine Selbsterhaltung.

Vorerst fragt sich nun wohl, zu wessen Ressort die Erfüllung der bezeichneten Regierungspflicht zunächst gehöre? ob zum Ressort der Staatswirthschaft, oder zu jenem der Polizey? oder ob etwa zur Geschäftssphäre beyder zugleich?

Zwar sollte es dieser Frage um so weniger bedürfen, je deutlicher in der neuesten Zeit die Norm für Abtheilung der ganzen Geschäftsmasse der Staatsverwaltung in bestimmte Zweige dargestellt worden ist, und damit ein ausreichender Maßstab für die Aufgabe und Objecte des Geschäftskreises eines jeden dieser Zweige.

Allein die Staatspraxis scheint, leider! bis jetzt noch keine Notiz genommen zu haben von den Fortschritten der, obgleich sie zunächst angehenden, Theorie, und so wird es erklärbar, daß eine Verwaltungsbranche in die Behandlung der Theurungsangelegenheit sich mit besonderer Thätigkeit einmischt, welcher doch dabey durchaus keine Stimme gebührt, und aus eben diesem Einmischen wird es hinwiederum nur erklärbar, warum so selten oder nirgends die rechten Maßregeln ergriffen werden; ich meyne die Staatswirthschaft.

Fast allenthalben sieht man die gegenwärtige Theurungsangelegenheit vorzüglich nur aus staatswirthschaftlichen Gesichtspunkten erörtert, und fast allenthalben sieht man den mit der Behandlung jener Angelegenheit besonders beauftragten Behörden Finanzmänner beygegeben, die eben, weil sie Finanzmänner, und je mehr sie es sind, ihrer Natur nach die Sache als Wirthschaftsangelegenheit betrachten und behandeln.

Man mag nun aber die Staatswirthschaft als die mit dem Finanzwesen des Staats, oder als die mit der, durch die Obsorge für das Regierungsauskommen motivirten, Leitung und Förderung des Nationalvermögens beschäftigte Verwaltungsbranche ansehen, so gebührt ihr in keiner dieser Beziehungen und Eigenschaften eine Einsprache in die Mafsregeln für Bekämpfung der einmal hereingebrochenen Getreidtheurung: offenbar nicht in der ersten dieser Eigenschaften; denn es handelt sich bey Aufsuchung jener Mafsregeln in keiner Art um die Bestimmung und Deckung des Staatsbedarfs, es darf sich dabey nicht darum handeln, und braucht sich, wenn man den rechten Weg nicht ganz verfehlt, darum nicht zu handeln. Auch kann die, nur durch Versäumnifs der rechten Mafsregeln zur rechten Zeit nothwendig gewordene, Unterstützung so vieler Privaten aus dem Vermögen des Staats durchaus nicht abhängen von der Bestimmung

der Finanzbehörde, sondern nur von jener der Polizey, und was diese hier als unerläßlich verfügt, hat jene ohne Widerrede nur zu vollziehen.

Eben so wenig gebührt der Staatswirthschaft in der letzteren jener Eigenschaften eine Einsprache; denn — abgesehen davon, daß, wie ich bey einer andern Gelegenheit bewiesen habe, eine, durch die Obsorge für das Regierungsauskommen motivirte, Leitung und Förderung des Nationalvermögens um so weniger statt finden darf, je weniger es einer Regierung ziemen kann, das Volk gleich einer Schweizerey zu behandeln, und alles auf Erhöhung seiner Ergiebigkeit für die Staatskassen zu berechnen, daß jene Leitung und Förderung nur um des Volks selbst willen von der Polizey zu geschehen habe; abgesehen davon, und angenommen sogar, daß einer Staatswirthschaft in jenem letzteren Sinne Platz zu geben sey: — so handelt sich's doch jetzt offenbar so wenig mehr von der Förderung des Nationalwohlstandes, sondern nur von der Beseitigung der dringendsten Gefahr, von der Rettung der Existenz, und zwar in einem so dringlichen Grade, daß man sich versucht sehen könnte, dem Schreiber des Aufsatzes in Nro. 60 der Beylagen zur allgem. Zeitung recht sehr zu zürnen, daß er die gegenwärtige Höhe des Getreidpreises als Mittel zur Vermehrung und Ver-

besserung des landwirthschaftlichen Gewerbes in Schutz nehmen konnte.

So tief können einseitige Staatswirthe, die sich sonst als Ernährer und Speisegeber der Nationen so sehr zu brüsten pflegen, sinken, daß ihnen selbst Mittel der Art, welche tausende ihrer Mitmenschen fast zur Verzweiflung führen, für ihren Zweck willkommen sind.

Gott wolle die Menschheit vor solchen Mitteln zur Förderung ihres Wohlstandes, aber auch vor solchem Wohlstande selbst, wie er, gesetzt, daß auch einige hundert Morgen Landes mehr und besser kultivirt würden, im Ganzen als das Resultat der gegenwärtigen Katastrophe sich zeigen wird, bewahren! Tausende der unbemittelten Klasse wären, ohne Unterstützung von Seite der Wohlthätigkeitsvereine und — des Staats, unvermeidlich verhungert, die große Klasse der Menschen von mittelmäßigem Vermögen auf dem Lande und in den Städten ist dem Rande der Verarmung nahe geführt, während verhältnißmäßig nur sehr wenige gewonnen haben, und am Ende muß das Volk im Ganzen doppelt so viel Geld an's Ausland für Getreid zurückgeben, als es früher von demselben bezogen hat.

Solche Erscheinungen bezeugen, daß dem vorhanden gewesenen Wohlstande die tiefsten Wunden geschlagen worden, also das gerade Gegentheil vom Zwecke der sogenann-

ten Staatswirthschaft herbeygeführt sey, und sie, welche dieses Unheil nicht zu verhüten wufste, vielmehr gerade dasselbe durch ihre schiefen Ansichten bereitet hat, kann wahrhaft das Vertrauen nicht begründen, dafs sie die geschlagenen Wunden zu heilen wissen und sich beeilen werde; sträubt sie sich doch jetzt noch gegen das Ergreifen derjenigen Mittel, die allein die geeigneten sind zu helfen, und läfst eher den Staat von seinem Vermögen fortwährend opfern, als dafs sie ihre falschen Prinzipien aufgäbe! —

Wo es sich, wie im gegenwärtigen Momente, handelt um schleunige Beseitigung eines arg gewordenen Nothzustandes, um Hemmung einer drohenden Gefahr, und selbst wo die erst hereinbrechende Gefahr einer Getreidetheuerung im voraus bestimmten Sinne zu verhüten ist, wie es früher hätte geschehen sollen, da mufs die Rücksicht auf Steigerung des Nationalvermögens, sey es um der Nation oder um der Staatskassen willen, ohne allen Zweifel weichen der Rücksicht auf die Bedingungen der Existenz, auf Erhaltung des Unentbehrlichen; denn vor allem will und mufs man leben können, ehe vom wohl- oder besser leben die Rede seyn kann.

Diese Rücksicht, dieses Verhüten oder wenigstens Hemmen einer Gefahr der erwähnten Art ist unstreitig nur allein Sache und Aufgabe der Polizey. Nur ihr allein

kann also auch die Behandlung der unterstellten Theurungsangelegenheit zustehen und obliegen, ohne Gestattung einer Theilnahme der Staatswirthschaft, sey es auch nur, um die eingewurzelte Volksmeinung zu entfernen, daß finanzielles Interesse die Hand im Spiel behalte, gleichwie es bisher die Mafsnahmen positiv oder wenigstens negativ geleitet habe.

Auf die nunmehr in die Reihe tretende Frage: Zu welchen Mafsregeln die Polizey berechtigt und verpflichtet sey, um eine Uebertheurung des Getreides zu verhüten? — eine Frage, die, wenn auch nicht mehr für den gegenwärtigen Augenblick, wo die Uebertheurung bereits vorhanden ist, und eine derbe Lehre für die Nothwendigkeit des Vorbeugens wird, desto gewisser für den Moment jeder, und besonders der zunächst kommenden Aerndte vom höchsten Interesse ist, — antworte ich:

Die Polizey muß vorerst die Quantität des einheimischen Getreiderzeugnisses so genau, als es thunlich ist, aufnehmen, sodann den einheimischen Getreidbedarf bemessen, und soviel von jenem frey ausführen lassen, als um wieviel letzterer von ersterem überstiegen wird, sobald aber dieser Ueberschufs ausgeführt seyn sollte, jede weitere Ausfuhr geradezu und unverholen hemmen.

Dieses Freylassen des Ueberschusses, aber auch dieses absolute Zurück-

halten des eigenen Bedarfs, ist die erste Mafsregel, welche der Staat dem Auslande, sich und den seinigen unerläßlich schuldet. Ich rechtfertige zuerst diese Mafsregel an sich, und werde hiernach von ihrer Ausführbarkeit sprechen.

Unsern Ueberschufs spricht das Ausland, sobald es dessen bedarf, mit unverkennbarem Rechte für sich an; ihm diesen zugehen zu lassen, ist Menschen- Christen- und Völkerpflicht, ich nenne es, Erfüllung des deutlich ausgesprochenen Naturgebotes. Auch kann es keinen Rechts- oder Wirthschaftsgrund geben, diesen Ueberschufs den Fremden vorzu-enthalten, vielmehr fordert mit Recht die sogenannte Staatswirthschaft für die Produzenten diese Gelegenheit, ihre Produkte zu verwerthen.

Bis daher aber, und nur bis daher kann und darf diese Forderung der Staatswirthschaft vernünftig gehen; und nur eben so weit geht das Recht der Getreidproduzenten, und nicht weiter.

Denn, ist der Ueberschufs, also das uns Entbehrliche ausgeführt, so ist das noch zurückseyende Uebrige, als unentbehrliches, als eigne Nothdurft, schon durch sich selbst als nothwendig zurückzubehaltend bezeichnet. Die Unerläßlichkeit dieses Zurückhaltens liegt schon im Begriffe des Unentbehrlichen, der eignen Nothdurft. Auch da-

von noch etwas abgeben, ohne bestimmte Aussicht des rechtzeitigen Ersatzes von anders woher, heist geradezu, die Bedingung seiner eigenen Existenz vergeuden, sich selbst dessen begeben, wovon man doch nur leben könnte, also einen Selbstmord beginnen.

Je weniger das Ausland vernünftig wollen mag, daß es von uns auf Kosten und Gefahr unserer eigenen Existenz versorgt werde, desto weniger kann es auch nur mit einigem Scheingrunde von Recht oder Billigkeit mehr von uns fordern, als daß wir ihm das uns Entbehrliche zukommen lassen; mit dessen Abreichung ist die Nächsten- und Völkerpflicht Erfüllung an ihrer Grenze, und wird von der höheren Pflicht der Selbsterhaltung die strengste Sperre gebieterisch diktiert.

Niemand zweifelt, daß jedem Familienvater, der Getreide produziert, Pflicht und Klugheit gebiete, besonders unter zweifelhaften Aussichten wenigstens so viel von seinem Erzeugnisse zurückzuhalten, als er für sich und seiner Familie Unterhalt bedarf, und jedes auch noch so hohe Anerbieten Kauflustiger zurückzuweisen; und wie mögten wohl diejenigen, welche so gerne das Staatsoberhaupt als Landesvater darstellen, leugnen, daß dieses Familienhaupt in Beziehung auf Fremde gleiche Verpflichtung habe?

Doch! wir wollen die Gründe hören, mittelst welcher die beglückenden Aeusserungen

dieses bey den Landesvätern gewiß vorhandenen Pflichtgefühls von berufenen und unberufenen Staatswirthen gehemmt worden sind, und mit deren Widerlegung den Beweis der Gerechtigkeit der vorgeschlagenen Maßregel ergänzen.

Die Regierung, sagt man, ist nicht berechtigt, den Inhabern von Getreidvorräthen die Ausfuhr dieser Vorräthe zu verbieten, sie darf das Recht der freyen Disposition über das Privateigenthum durch ein solches Verbot nicht kränken.

Ich bemerke für's erste: In einem Staate, in welchem ein ächter Staatsbürgersinn, ein wahrer Nationalgemeingeist zu Hause wäre, könnte es eines solchen Ausfuhrverbotes gar nicht bedürfen; denn auch nur ein Funke lebendigen Gefühls und Interesses für das Wohl des eignen Mitbürgers müßte jeden auf Kosten dieses Wohls nur zu erzielenden Gewinn vom Auslande verachten lehren. Dafs man einem solchen Gewinne in manchen deutschen Staaten im eigentlichen Sinne nachjagen konnte, ist freylich ein trauriges, wiewohl nicht unerwartetes Symptom gänzlich ermangelnden Gefühls und Gemeingeistes jener Art, nachdem man jede natürliche Quelle desselben so recht methodisch vertrocknet hat.

Wohl möglich, dafs mancher Staatswirth selbst jener Forderung eines Gemeingeistes lacht; aber mit solchen Menschen könnte

ich nichts zu schaffen haben, und ich erinnere nur daran, daß man in so manchen andern Hinsichten auf eine Isolirung einzelner deutscher Volksstämme von der Gesamtheit deutscher Nation, und auf eine Unterdrückung des Weltbürgersinnes zu Gunsten des individuellen Staatsbürgersinnes hingewirkt hat, für welche kaum mehrere Rechtfertigungsgründe aufzufinden seyn mögten.

Uebrigens steht jene zarte Achtung unserer bisherigen theoretischen Staatswirthe für ein vermeintliches Recht der Staatsbürger, mit dem Mangel an Schonung wirklicher Rechte der letzteren, welcher sich erweislich in ihren direkten und indirekten Steuersystemen, und überhaupt in ihren Vorschlägen, die Staatskassen zu bereichern, unverkennbar beurkundet, in einem so auffallenden Widerspruche, daß sie es in der That nicht verübeln können, wenn man in jenem Einwande nur eine scheinbare Hülle ganz anderer Absichten vermuthet.

Gesetzt jedoch, es sey ihnen wirklich Ernst mit jener Rechtsachtung, so ist diese doch nur Achtung für ein vermeintliches Recht, da, wie ich sogleich beweise, auf Seite der Inhaber von Getreidvorräthen unter der von mir bemerkten Voraussetzung ein Recht zur Ausfuhr wirklich nicht mehr besteht.

Zufolge des allgemein anerkannten Rechtsbegriffs giebt es nämlich für die Bürger eines

Staats nur ein Recht zu derjenigen Art des Freyheitsgebrauchs, mit welcher die Freyheit aller übrigen Bürger desselben Staats praktisch bestehen kann, und die Bedingungen der praktischen Freyheit Aller sind die natürlichen Schranken des Rechts jedes Einen. Jedes Recht eines Bürgers ist also bedingt durch die Möglichkeit des Bestehens der Rechte aller übrigen mit jenem.

Demnach haben die Eigenthümer von Getreidvorräthen allerdings so lange ein Recht zur Ausfuhr, als mit dieser Art ihres Freyheitsgebrauchs die Freyheit aller ihrer Mitbürger praktisch bestehen kann; und dies ist der Fall, so lange noch Ueberschuß über den einheimischen Bedarf vorhanden ist.

Sobald hingegen für die übrigen Mitbürger die Möglichkeit des Bestehens oder Genusses ihrer Rechte mit jenem Rechte der Ausfuhr schwindet, — und dies ist der Fall, sobald mehr, als die dem Lande entbehrliche Quantität Getreids ausgeführt werden wollte, — sobald fällt die Bedingung der Ausfuhrfreyheit für die Eigenthümer von Vorräthen hinweg, sobald muß also auch die Ausfuhrfreyheit selbst, als das Bedingte, hinwegfallen. Mit der vollendeten Ausfuhr des Ueberschusses ist das Recht selbst zur Ausfuhr an seiner Grenze, da mit der weiteren Ausfuhr des Unentbehrlichen die Existenz, also die Ur-

bedingung aller Freyheit der übrigen Mitbürger selbst nicht mehr bestehen kann.

Sobald daher der, dem Lande entbehrliche, Getreidüberschuss ausgeführt ist, muß die Regierung, verpflichtet, die Existenz der Bürger, als die Urbedingung alles Rechtsgenusses selbst, zu schützen, die Ausfuhr ohne Ausnahme hemmen, und, indem sie diese Sperre einlegt, läßt sie, — weit davon entfernt, in das Privateigenthum einzugreifen, oder Privatrechte zu kränken, — nur ein Recht nicht weiter ausüben, welches und weil es zu existiren aufgehört hat. Sie würde, legte sie jetzt die Sperre nicht ein, auf Kosten des wahren Rechts, also pflichtwidrig, nur einer rechtswidrigen Art des Freyheitsgebrauchs noch Spielraum lassen.

Nur durch Unterlassung der Getreidsperre gegen das Ausland unter der bezeichneten Voraussetzung würde also die Regierung wirkliche Rechte kränken, keineswegs aber durch Verfügung dieser Sperre, weil mit dem Eintritte jener Voraussetzung die Dispositionsfreyheit der Getreideeigenthümer über ihre Vorräthe zum Vortheile der Ausländer hinweggefallen ist, ein Recht aber, das nicht mehr besteht, auch nicht mehr gekränkt werden kann.

Hiemit ist die Nichtigkeit eines Hauptgrundes der Vertheidiger unbedingter Freyheit des Getreidhandels dargestellt, und es ist um so mehr zu wundern, daß diese Nichtigkeit

den Regierungen nicht längst einleuchtete, da sie doch in so manchen andern ähnlichen Beziehungen ihre Kenntniß der wahren Grenze der Dispositionsfreyheit der Staatsbürger über ihr Privateigenthum praktisch beurkundet haben.

Dies ist z. B. der Fall in der Unterwerfung der Dispositionsfreyheit der Privat-Waldeigenthümer über ihre Holzprodukte unter eine, für die Zukunft sorgsame, Forstpolizey, und kein Sachverständiger wird diese Beschränkung der Dispositionsfreyheit über diese Art des Privateigenthums, einzig motivirt durch die Rücksicht auf die Möglichkeit dauernder Befriedigung eines absoluten Bedürfnisses, für einen unbefugten Eingriff in Privatrechte erklären wollen und können.

Die Eigenthümer von Kapitalien ferner haben unstreitig eben so gut ein freyes Dispositionsrecht über ihre Kapitalien oder Geldvorräthe, wie die Getreideigenthümer über ihre Getreidvorräthe, und das Eigenthumsrecht ist für beyde Klassen von gleichem Umfange und gleicher Heiligkeit; demungeachtet haben die Regierungen unter bestimmten Voraussetzungen keinen Anstand genommen, von ersteren Geldvorschüsse (Anlehne) zu erzwingen.

Indem ich mir vorbehalte, den, unter Voraussetzung einer wahren Staatsnoth allerdings eintretenden, Rechtsgrund zu einem Zwange dieser Art später aufzustellen, bemer-

ke ich nur noch, daß durch die, nach ausgeführtem Ueberschusse des Getreids verhängte, Sperre gegen das Ausland die Dispositionsfreyheit über Privateigenthum bey weitem noch nicht in dem Grade beschränkt werde, wie durch Zwangsanlehne jener Art, oder durch die Verfügungen der Forstpolizey, und daß es daher, — wenn man die Regierungen so sehr zaudern sieht, der gerechten Forderung jener Sperre zu genügen, obgleich dieser Forderung alle Motive der, mehrfach schon versuchten, Zwangsanlehne und der täglich fortbestehenden Forstpolizey unverkennbar in einem noch höheren Mafse zur Seite stehen, — abermals nicht zu wundern sey, wenn das Publikum die Quelle jenes Zauderns in etwas ganz anderm sucht, als in der vorgegebenen Schonung des Privateigenthums, und Achtung für Privatrechte, deren Nichtexistenz schon der einfachste Rechtsinn klar durchschaut.

Aber, wenden die Staatswirthe ferner ein, die Getreidsperre führt keineswegs zu dem gewünschten Ziele; weit davon entfernt, eine Wohlfeilheit des Getreidpreises zu bewirken, erzeugt sie vielmehr Aengstlichkeit der Gemüther mit ihren Folgen, und ein wucherisches Zurückhalten der Vorräthe vom Markte, und führt somit nothwendig zur Theurung. — Ich antworte hierauf:

Als ein Mittel für Wohlfeilheit des Getreides hat noch kein vernünftiger Mensch

die Getreidsperre in Vorschlag gebracht, und ist dies auch gegenwärtig von mir keineswegs geschehen; ist nicht mehr, als der wirkliche Bedarf im Lande, dann wird und muß der Getreidpreis auf einer Höhe stehen, zufolge der natürlichen Einflüsse auf seine Stellung, welche den Produzenten wohl zu gönnen ist.

Einige Aengstlichkeit der Gemüther mag die Sperre alsdann wohl erzeugen, wenn sie als eine außerordentliche Maßregel, ohne Grundlage einer gesetzlichen Norm, also *ex abrupto*, und zu einer Zeit verfügt würde, wo man sie schon als zum Theil verspätet ansehen könnte. Schreibt hingegen ein bestimmtes Polizeygesetz, für jeden kommenden Fall des Ausgeführtseyns des Ueberschusses, die Sperre als gesetzliche Regel vor, und wird nun, in Gefolge dieser Regel, beym Eintritte der Bedingung ihrer Anwendbarkeit, die Sperre sogleich wirklich verhängt, dann kann das Publikum in ihr nur eine wohlthätige Garantie des Staats für Befriedigung des einheimischen Bedarfs — was sie auch nur seyn soll — dankbar anerkennen; dieses Bewußtseyn vorhandener Sicherheit für Deckung der Nothdurft muß, seiner Natur nach, nicht nur alle Besorgniß verscheuchen, sondern vielmehr die bestimmteste Beruhigung gewähren, und diese Beruhigung ist die Regierung eben so sehr sich selbst, als ihren Untergebenen zu gewähren schuldig :

Zeigt sich übrigens, daß Spekulanten in Gefolge der Sperre ihre Getreidvorräthe dem Markte entziehen, um eine Uebertheuerung des Getreids zu erzwingen, dann muß nur der wucherischen Absicht in den Weg getreten werden durch Ergreifung derjenigen Mafsregeln, die ich zu dem Ende in der Folge vorschlagen und als gerecht und zweckmäfsig nachweisen werde. Dieser Wucher tritt aber auch bey Unterlassung der Getreidsperre, und zwar da, wie wir, leider! erfahren haben, mit erhöhter Thätigkeit hervor; der angeführte Einwand der Staatswirthes fällt also ebenmäfsig dahin.

Sonderbar ist es indessen, daß diese, so übertrieben genau sie die, wiewohl ohne Grund gefürchteten, Wirkungen der Getreidsperre zu entwickeln sich bemühten, an die Folgen der Unterlassung dieser Sperre nie auch nur gedacht zu haben scheinen, und es ist unerläfslich, diese, nunmehr durch Erfahrung bestätigten, Folgen ihrem Blicke vorzuführen, um sie wenigstens durch die auf diesem Wege ihnen abgenöthigte Ueberzeugung, auf welcher Seite das gröfsere Uebel sey, zur Vertauschung ihrer irrigen Ansicht zu vermögen.

Wird, besonders nach einer vorausgegangen, mehr oder weniger unbefriedigenden, Aerndte einer unbegrenzten Ausfuhrfreyheit statt gegeben, dann ist es wenigstens möglich, daß dem Lande seine eigene Nothdurft

an Getreid entführt werde, und diese Möglichkeit steigt auf einen um so höheren Grad von Wahrscheinlichkeit, wenn man seine, von der Natur noch kärglicher bedachten, Nachbarn rings umher nach unsern Vorräthen im eigentlichsten Sinne geizen sieht. Diese, jedem für die Zukunft sorgsamen Hausvater einleuchtende, Wahrscheinlichkeit ist die ganz natürliche Quelle eines Bangens vor kom-mender Noth, das sich elektrisch allen Gemü-thern mittheilt, und jeden, der es nur halb vermag, bestimmt, durch Getreidankauf Vor-kehrung zu treffen, (derer sich, beym Bewußt-seyn des gedeckten Bedarfs im Ganzen, die meisten enthoben haben würden).

Die hiedurch veranlafte augenblick-lich übertriebene Concurrenz der Käufer muß die Getreidpreise in ungemessenen Sprün-gen steigern; der, vorzüglich nur durch das Unterlassen der Sperre und das Berechnen sei-ner Folgen, auf diesen Gegenstand geleitete Spekulationsgeist bemächtigt sich dieser allge-meinen Aengstlichkeit, die er emsig zu nähren weiß, und treibt, bald ausgeartet in Wucher, den Getreidpreis über alle Grenze der Verhält-nißmäßigkeit und Erträglichkeit.

Jetzt ringt der Arme, der Tagelöhner, und der nur um wenige Stufen über ihm steht, mit dem bittersten Mangel, weil das, obgleich vorhandene, Getreid, da er es nicht bezahlen kann, für ihn so gut, als gar nicht vor-

handen ist, und es müssen, um ihn nicht Hungers sterben zu lassen, Wohlthätigkeitsvereine aufgeboten, Suppenanstalten errichtet, und die Speicher des Staats zur Unterstützung geöffnet und geleert werden. Der Mittelmann in den Städten und auf dem Lande, die größte Klasse, erschöpft für kärgliche Befriedigung der Bedürfnisse der Gegenwart, seine sämtlichen Geldvorräthe, und in ihnen die Quellen künftigen Erwerbes. Selbst der Wohlhabende, gedrückt durch den enormen Aufwand für seinen Haushalt und die Ansprüche an seine Wohlthätigkeit, verzichtet auf die Befriedigung mancher Bedürfnisse, und beengt durch seine Beschränkung den Absatz der Gewerbe. Während er am Lebensgenusse darbt, lasten die Schrecknisse der Zukunft mit banger Ahnung auf der Seele des ersteren, und die Anhänglichkeit an die Regierung, — von der man sagt, sie habe durch einen einzigen Federzug, Getreidsperre, zur rechten Zeit, allem dem Elende abhelfen können, — wird durch allgemeine Unzufriedenheit verdrängt, deren Grenze und Wirkungen kaum zu berechnen sind.

Dies sind die, wahrlich nicht übertriebenen, Folgen des Beharrens auf dem einseitigen Prinzip der Freyheit des Getreidhandels. Geht in die, von euren Pallästen entfernteren, Häuser und Hütten derer, von denen ich gesprochen habe, und die bleichen Gesichter, die kraftlosen Arme, und die abgepressten Aus-

brüche des Unmuths, die euch da begegnen werden, müssen euch sagen, dafs ich in meiner Schilderung weit hinter der Wahrheit zurückgeblieben sey.

Wie aber, wenn, was bey gänzlicher Freylassung der Ausfuhr doch immer möglich ist, wirklich mehr, als der Ueberschuß, also ein wesentlicher Theil des dem Lande Unentbehrlichen ausgeführt würde, ohne alle gleichzeitige Einfuhr, — was dann, meine Herren Staatswirthe? —

Dann ist wirklicher Mangel doch wohl die unumgängliche Folge eures Prinzips; man holt dann nothgedrungen, mit einem, den früheren Ausfuhrge Gewinn bey weitem übersteigenden, Aufwande, Getreid zum Ersatze des ausgeführten vom Auslande, (es versteht sich, nur dann, wenn glücklicher Weise noch etwas zu holen ist, was aber vielleicht auch einmal nicht möglich seyn könnte,) man sucht inzwischen die gährenden Gemüther durch Aufzählung der vom Staate gemachten Opfer zu beschwichtigen; ihr entschuldigt euch, ein solcher Erfolg sey außer den Grenzen wahrscheinlicher Berechnung gelegen, oder schiebt alle Schuld auf den Wucher, wohl gar den Mangel an Patriotismus der Untergebenen, vertröstet auf die nächste Aerndte, und habt doch euer Prinzip glücklich gerettet, welches ihr auch darum vertheidigen zu müssen glaubt.

„weil schon die Ueberzeugung, es könne
 „bey steigenden Preisen wieder von der
 „Maxime des freyen Getreidhandels abge-
 „gangen, und eine Sperre angeordnet, folg-
 „lich der Produzent nach Willkühr und in-
 „dividuellen Ansichten gehindert werden,
 „den möglichsten Nutzen aus seinen Pro-
 „dukten zu ziehen, der Emporbringung des
 „Ackerbaues schädlich seyn, und manche Ka-
 „pitalien andern, dem Staate oft schädlichen
 „Spekulationen zuwenden würde.“

Ich erwiedere hierauf: Von einer nach Willkühr und individuellen Ansichten, wegen jeder Steigerung des Getreidpreises zu verhängenden Sperre kann und soll ja gar nicht die Rede, die Höhe des Getreidpreises überhaupt weder Motiv noch Norm ihres Eintritts seyn, sondern es wird nur eine gesetzlich geregelte, lediglich darauf, daß dem Lande, wie doch wohl recht und billig, sein eigener Bedarf erhalten werde, gerichtete, somit nur nach Ausfuhr des Ueberschusses zu verhängende Sperre gefordert, und das, wie bewiesen, nach strengem Recht.

Eine solche Sperre kann dem Landwirth nie hinderlich werden, von seinen Produkten den höchsten, unter den obwaltenden Verhältnissen ihm gebührenden Nutzen zu ziehen; aber er glaube ja nicht, und Niemand mit ihm, daß ein alles Verhältniß des Produktions - Aufwandes und billigen Gewinnes

übersteigender Preis ihm je gebühren könne, — wie wäre auch sonst der Begriff von Wucher anwendbar? — und Niemand glaube, daß das Abhalten eines Getreidpreises, wie der jetzige, der Emporbringung des Ackerbaues schädlich gewesen seyn würde. Hat man doch seit länger, als 40 Jahren, die Möglichkeit eines solchen Preises kaum mehr geahnt, und doch wird Niemand leugnen, daß seitdem der Ackerbau sehr wesentliche Fortschritt gemacht habe.

Auf einen verhältnißmäßigen Preis seiner Produkte muß der Landwirth rechnen können, aber er trachte ja nicht nach grenzenloser Steigerung jenes Preises, sonst bereitet er sich selbst sein Verderben, und jenes Trachten desselben in Schutz nehmen, ist zum wenigsten sehr unstaatswirthschaftlich.

Denn, je höher das Getreid im Preise steigt, desto mehr wird dessen Consumption beschränkt, und es ist doch ein bekannter Satz, daß Beschränkung der Consumption lähmend auf die Produktion zurückwirkt. Ueberdies zeugt jede einseitige Begünstigung eines Erwerbszweigs auf Kosten der Uebrigen von Ungerechtigkeit und Unklugheit, und in jenen Fehler der Einseitigkeit scheint die Klasse mir übrigens unbekannter Staatswirthe, deren Organ die allgemeine Zeitung war, und mit denen ich es hier nur zu thun habe, tief versunken.

Getreidsperre sollte nach ihnen nicht zu-

lässig gewesen seyn, weil „die frohe Aussicht
 „nach so vielen niederbeugenden Leiden und
 „erduldeten Uebeln, sich und seiner Familie
 „Erleichterung durch ergiebige Preise seines
 „Produkts zu verschaffen, den Landmann an-
 „eifern werde, die letzten Kräfte aufzubieten,
 „um dasselbe möglichst zu vermehren, und
 „hiedurch seine Existenz zu verbessern; weil
 „es unbillig gewesen wäre, die Realisirung
 „dieser schönen Hoffnung, welche jetzt manche
 „Familie vor der Verzweiflung rette, zu zer-
 „stören.“

Hierin spricht sich unverkennbar die grell-
 ste Einseitigkeit aus; die Leiden und Uebel
 aller übrigen Stände sind rein vergessen, die
 vernichtende Rückwirkung der ergiebigen
 Getreidpreise auf alle übrigen Klassen kom-
 men in keinen Anschlag, tausende anderer Fa-
 milien mögen der Verzweiflung preisgegeben
 werden, wird nur die schöne Hoffnung
 des Landmanns realisirt, nur seine Lage
 verbessert!

Hat denn der Staatswirth nur Pflichten,
 für den Landmann, gar keine, für alle übr-
 igen Gewerbsklassen zu sorgen? oder soll nicht
 vielmehr seine Obsorge alle diese ohne Aus-
 nahme in gleichem Grade umfassen? Darf un-
 ter irgend einer Voraussetzung eine Klasse
 des Erwerbs mit dem Ruin aller übrigen ge-
 hoben werden? und dürfte denn irgend ein
 Staatswirth nicht wissen, daß der Wohlstand

aller Staatsbürgerklassen so innigst zusammenhänge, daß die Vernichtung des Wohlstandes des einen Theils unvermeidlich auch die Vernichtung des Wohlstandes des andern Theils zur Folge haben müßte? Was wäre denn also am Ende mit der, alle Uebrigen ruinirenden, Förderungsart des Wohlstandes der Landwirthe selbst wirklich gewonnen?

So groß die Kurzsichtigkeit ist, welche demnach jene Staatswirthe uns zur Schau stellen, so auffallend ist der Widerspruch, in den sie sich verwickeln. Sie wollen die Unterlassung der Getreidsperre, und die im Gefolge dieser Unterlassung faktisch hervorgetretene Uebertheuerung des Getreids, als Rettungs- und Beförderungsmittel des Landmanns und seines Gewerbes, vertheidigen, und doch haben sie sich einzig aus dem vorgegebenen Grunde gegen die Getreidsperre gestemmt, weil diese eine Uebertheuerung nach sich ziehen werde.

Seht ihr denn nicht, daß, wenn euch diese Theuerung nothwendig schien zum Besten des Landmanns, ihr euch gegen jene Sperre nicht hättet anstemmen dürfen nach eurer Ansicht ihrer Wirkungen, und daß ihr durch die That- sache dieses Anstemmens sonach die, jetzt von euch vertheidigte, Nothwendigkeit jenes Rettungsmittels selbst abgeleugnet habt?!

In der That, die Größe dieses Widerspruchs erzwingt den Schluß auf ganz andere Absichten, mit denen ihr euch, unumwunden

hervorzugehen, schämt, da der Erfolg lehrt, daß die nicht abgehaltene Uebertheuerung am Ende den Staatskassen selbst mehr schaden, als nützen müsse.

Auch wir gönnen gerne dem Landmanne, zur Schadloshaltung und Erleichterung, zwar keine Wucherpreise, aber allerdings Ergiebigkeit seines Produkts; und an dieser würde es, auch bey rechtzeitiger Getreidesperre, sicher nicht gefehlt haben, sondern nur an der Leichtigkeit des argen Wucherns, wie es jetzt überhand genommen hat, und nur bey grenzenloser Ausfuhrfreyheit in der ersten Periode nach der Aerndte überhand nehmen konnte.

Wenn es euch aber so sehr um Unterstützung des gedrückten Landmannes, um Emporbringung des Ackerbaues zu thun ist, wie ihr angebt, warum habt ihr denn nicht, vor dem Eintritte der gegenwärtigen Katastrophe, alle eure Kräfte aufgeboten, um eine Aufhebung oder wenigstens Verwandlung des Zehends, der Frohnen, der Handlöhne, und eine Beseitigung der übrigen, längst kenntlich gemachten, Hindernisse des Ackerbaues und der Ergiebigkeit seiner Produkte zu erwirken, Mittel, welche, ohne den Staatskassen reell zu schaden, zugleich mit dem Wohlstande aller Klassen vollkommen verträglich sind? Muß nicht auch diese eure vorausgegangene gänzliche Passivität in dieser Hinsicht mächtig zeu-

gen gegen die Reinheit eurer, gerade nur jetzt geschäftigen, Obsorge für den Landmann, auf Kosten aller übrigen Stände?

Endlich, welche traurigen Wirkungen äussert nicht, nach dem Zeugnisse der Gegenwart, die Uebertheuerung des Getreids auf den bey weitem gröfseren Theil der Landleute selbst? Mit welchem Elende hat nicht diese grofse Klasse zu kämpfen, während nur der, ohnedies wohlhabendere, kleinste Theil dieses Standes selbst gewinnt?

So beweist denn auch die gegenwärtige Erfahrung, dafs eine kluge Staatswirthschaft nie einseitig verfahren, sondern, mit gleicher Umsicht auf alle Klassen, nur solcher Mittel zur Hebung des Wohlstandes der einen, die mit dem gleichzeitigen Wohle Aller vollkommen verträglich, sich bedienen dürfe. Wenn daher die, aus der Ausfuhr auch des, dem Lande unentbehrlichen, Getreides nothwendig hervorgehenden, zu hohen Getreidpreise eine Stockung oder doch Lähmung der übrigen Gewerbe herbeyführen müfsten, oder die Last auf den ganzen Stand der Consumenten, bey welchem jener der Produzenten doch nur Absatz finden kann, erdrückend fallen würde, so ist es unbestreitbare, und unabweisliche Pflicht einer, alle Stände mit gleicher Obsorge umfassenden, Staatswirthschaft, selbst aus ihrem Standpunkte den Eintritt jener Ereignisse durchgreifend abzuhalten, und dies ist

nur möglich durch Hemmung der Ausfuhr des Unentbehrlichen, durch, unter der von mir bestimmten Voraussetzung unverzüglich einzulegende, strenge Getreidsperre, deren Nothwendig- Gerechtig- und Zweckmäßigkeit ich nachgewiesen habe, und gegen jeden weiteren Einwand zu beweisen bereit bin.

Wer sollte es aber nicht als ein trauriges Zeichen einer noch traurigeren Zeit erkennen, daß es noch eines Beweises gegen die Staatswirthschaft bedurft habe, daß es Pflicht jeder Regierung sey, ihrem Lande seinen Bedarf, seine eigene Nothdurft zu sichern? — und nur zu dem Ende fordert die Stimme des Volks, die man zu übertäuben sich bemüht, die Getreidsperre.

Sonst hat man es jedem Volke, als die erste Bedingung seiner Selbstständigkeit, seiner Unabhängigkeit vom Auslande, als das höchste Gut angepriesen, daß es selbst seinen eignen Brodbedarf erzeuge: und wir, denen die Natur jenes Gut so freygebig gespendet hat, wir sollten leichtsinnig genug seyn, dasselbe zu verschleudern, und uns dem Zufalle, unsere Subsistenz der Willkühr des Auslandes, oder wenigstens seiner Habgierde Preiß zu geben?! Und was wäre die Unterlassung der Getreidsperre unter der bemerkten Voraussetzung wohl anders?!

Ich sollte glauben, diese Erwägungen sollten mehr als ausreichend seyn, um jede Re-

gierung zu bestimmen, zur gerechten Beruhigung ihres Volkes sofort das Gesetz aufzustellen, dafs künftig nach jeder Aerndte, sie falle aus, wie sie wolle, das Mafs des einheimischen Getreiderzeugnisses bestimmt werde untersucht, das Verhältnifs desselben zum einheimischen Bedarf berechnet, und nur die Ausfuhr des Ueberschusses frey gegeben, diese gerechte und billige Schranke der individuellen Freyheit auch mit strenger Gewissenhaftigkeit werde gehandhabt werden.

Was hilft es denn auch am Ende, wenn wir lauter Geld, und kein Brod mehr hätten? Lebt man denn vom Gelde, ohne Brod? —

Zur Ausführbarkeit jener Mafsregel bedarf es nur eines ernsten Willens. Freylich mufs über die Gröfse des einheimischen Getreiderzeugnisses nicht bey den einzelnen Produzenten Belehrung gesucht werden; denn von daher ist nur Unwahrheit zu ärndten; aber den Polizey- und Rentbeamten jedes Bezirks kann es kein sehr schwieriges Geschäft ausmachen, unter Berücksichtigung der ihnen zu Gebot stehenden Quellen und mit Zuziehung rechtlich-unpartheyischer, sachverständiger Männer die erzielte Masse des Produkts in ihrem Bezirke mit ziemlicher Genauigkeit auszumitteln. Die Zusammenstellung ihrer einzelnen Resultate giebt das Totalprodukt des Landes, dessen Summe zum Vortheile des Landes und

zu dessen Sicherheit immerhin eher zu gering, als zu hoch angesetzt werden darf.

Die Berechnung der einheimischen Nothdurft ist, bey der doch wohl vorhandenen Volkszählung, und dem bekannten Anschlage des Bedarfs eines jeden Kopfs im Durchschnitte, Sache eines einfachen Calcüls; und haben uns die früher aufgestellten Motive der Mauthanstalten nicht hintergangen, so müssen diese als eine sichere Controlle der Getreid- wie jeder andern Ausfuhr gelten. Uebrigens erkläre man nur alles Getreid, welches, bey noch offener, oder nach geschlossener Ausfuhr ausgeschwärzt werden wollte, als unwiderrufliches Eigenthum der es entdeckenden Mauthner oder Polizeywachen (*Gensd'armes*), und die hiedurch unfehlbar begründete Gewissheit der Entdeckung und des Verlustes wird eben so unfehlbar alle Ausschwärtzung hemmen.

Ein weiteres Mittel zeigt eine Verordnung der Großherzogl. Hessischen Regierungs-Commission zu Mainz vom 26. May d. J., worin es unter andern heist: „Die Regierung achtet den ehrenwerthen Handelsstand, dessen Fleiß und schwunghafte Regsamkeit sich innerhalb der gesetzlichen Grenzen bewegt. Nie wird sie seinem nützlichen Gewerbe Fesseln anlegen. Wer aber, mit Hintansetzung der bestehenden Verordnungen, und ohne Rücksicht auf die Noth seiner Mitbürger darauf ausgeht, diese um schnöden Gewinnes willen noch zu

vermehrten, dem Armen sein letztes Stück Brod vor dem Munde wegzunehmen, und gegen ausländisches Geld habsüchtig umzutauschen, gehört nicht zu jenem ehrenwerthen Handelsstande, und verdient, daß das Gesetz, die Stimme des Volks zu der seinigen erhebend, Handlungen jener Art mit infamirenden Strafen brandmarke.“ Und das Gesetz hat derley Strafe wirklich verhängt. Die Ausfuhr, statt sie beym Eintritte der oft bemerkten Voraussetzung ganz unverhohlen zu hemmen, blos mit einer Abgabe, die entweder ganz unwirksam, oder doch immer nur sehr unsicher wirksam ist, zu belegen, wird kein ächter Staatsmann rathen können; denn alles Schwanken, Ergreifen von Halbmafsregeln, so wie alles Verkleiden und Verstecken von Mafsregeln, besonders in Sachen vom allgemeinsten Interesse, schadet der Regierung wesentlich in der öffentlichen Meinung; es erzeugt Mißtrauen, wohl gar den Gedanken, daß hier finanzieller Eigennutz die Forderungen des öffentlichen Wohls überwiege. Das belobte Prinzip der Handelsfreyheit auch da, wo es unstatthaft geworden, während man es reell aufgegeben hat, doch dem Namen nach beybehalten wollen, wäre der Regierung allzu unwürdig; endlich sollte man hier am allerwenigsten sich's erlauben, seine Zuflucht zu nehmen zu einer indirekten Steuerart, von derer ganzen Sippschaft ich frü-

her schon öffentlich behauptet und bewiesen habe, daß sie entweder nur von grober Ignoranz oder arger Tücke erfunden, durch Superklugheit und Sophisterey vertheidigt, von der Gemächlichkeit gepflegt, durch Noth vervielfältigt, und aus Furcht vor der Mühe der Einführung des Rechten bis zur Stunde noch nur beybehalten seyn könne. — Kein Mensch hat es bis jetzt gewagt, mich darin zu widerlegen, und ich stehe Jedem darüber ferner zur Rede. —

Bis hieher von dem einzig erklecklichen Auswege, um dem Entgange eigener Nothdurft, also wesentlichem Mangel, als der Quelle einer nothwendigen Uebertheuerung des Getreids vorzubeugen, und ich will nicht glauben, daß der deutsche Bundestag, welcher von den deutschen Völkern bald vollkommen richtig gewürdigt seyn wird, die Begründung der Bundes-Einheit Deutschlands mit der Ungerechtigkeit beginnen könne, den einzelnen Staaten zuzumuthen, daß sie ihren Nachbarn mehr, als ihren Ueberschuß zukommen lassen; und eine solche Ungerechtigkeit enthielte allerdings das unbegrenzte Verbot aller Getreidsperre.

Von Getreidmagazinen, als einem zweyten Vorbeugungsmittel jener Art, werde ich später sprechen.

Wenn nun aber, sey es in Gefolge verspäteter oder ganz unterlassener Getreidsperre,

oder wucherischer Betriebsamkeit, oder beyder Ursachen zugleich, eine Uebertheuerung des Getreids bereits überhand genommen hat, dann wird es, ihr durch erkleckliche und gerechte Mafsregeln ungesäumt wenigstens zu steuern, um so dringendere Pflicht der Regierung, je gröfser und selbst in seinen fortdauernden Wirkungen dem Staate und seinen Gliedern gefährdender, der aus jener Uebertheuerung hervorgehende Druck für die meisten Klassen der Staatsbürger ist.

In diesem Falle befinden wir uns jetzt, und zwar, leider! in einem sehr hohen Mafse: die Mittel, derer man sich dagegen bedient, sind, Hülfsvereine, und Unterstützung mit Speis- und Saamengetreid aus den Vorräthen des Staats. Man hat in dieser Hinsicht bereits sehr richtig bemerkt:

„Bey der täglich zunehmenden Noth und gesteigerten Theuerung werden nach und nach alle Hülfsgesellschaften nicht zureichen, sie werden nur einem Tropfen Wasser, dem Durstigen gereicht, gleichen; Millionen werden keinen Antheil an dieser Hülfe nehmen können: die fleifsigsten Familienväter werden sich in Schulden versetzen, und dadurch sich und ihre Kinder um Habe und Gut gebracht sehen müssen, was um so gewisser geschehen wird, wenn nach einer gesegneten Aerndte die Darleiher bezahlt seyn wollen, da der Wuchergeist manche Einzelne zum reichen Manne, auf Ko-

sten vieler Tausend anderer, gemacht, und in Stand gesetzt hat, auf die Güter solcher Unglücklichen zu lauern.“

„So lobenswerth die Anstrengungen eines grossen Theils der Vermöglichen, so wie der Regierungen, sind, so wird der beobachtende Menschenfreund sich doch damit nicht befriediget finden; ihm muß die Hülfe gegen die Noth zu klein, unzureichend, und keineswegs den Rechten des gesellschaftlichen Vertrags angemessen scheinen; er wird nur palliative, und keine radikale Heilplane gegen die grossen Leiden der Menschheit erblicken.“

Ich will nicht untersuchen, ob der Staat, — solange er noch andere gerechte Hilfsmittel hat, — wohl daran thue, solche Hilfsvereine aufzurufen, welche Manchen zu Beyträgen zu vermögen wissen, die ihm, bey dem auch ihn ergreifenden harten Druck der Zeit, äusserst schwer fallen: ich will nicht untersuchen, ob der Staat — solange ihm noch andere Auswege offen stehen, — befugt sey, einen Theil seines Vermögens zur Unterstützung herzugeben, was doch immer nur wieder auf Kosten der Staatsglieder selbst geschehen kann, da, was der Staat hingiebt, entweder ein Deficit in seinen diesjährigen Finanzen veranlassen muß, oder, wenn es Ueberschufs in seiner diesjährigen Einnahme war, an den Steuern des nächsten Jahrs nachgelassen, oder doch

zur Schuldentilgung hätte verwendet werden müssen: ich erinnere nur, daß das alles nicht ausreiche.

Denn nur das Hungerssterben der Armen wird durch solche Mafsregeln höchstens verhütet; der sogenannte Mittelmann findet keine Hülfe dabey; Er muß die Last am schwersten tragen, und die Noth am härtesten fühlen; und, wahrlich, sein Ruin ist die empfindlichste Wunde des Staats. Was dabey die grofse Klasse der Staats-Beamten und Diener, und selbst der vermöglicheren Staatsbürger leide, will ich gar nicht berühren. Ich erinnere nur, daß, bevor von Wohlthätigkeit die Rede seyn könne, vor allem den Forderungen des Rechts genügt seyn müsse, und daß die Forderungen des Rechts jetzt um so nachdrücklicher hervortreten, und um so gewisser gehört und befriedigt werden müssen, je weniger es den Bemühungen der Wohlthätigkeit allein gelingt, und gelingen kann, das erwünschte Ziel zu erreichen.

Welches sind nun die, der Forderung des Rechts entsprechenden, Mittel, die vor allem hätten ergriffen werden sollen, und wenigstens jetzt desto ungesäumter eingeschlagen werden müssen?

Ich antworte — Bestimmung eines Maximums des Getreidpreises, und, wenn dann um diesen Preis nicht verkauft werden will, Hervorziehung der Ge-

treidvorräthe, wo sie sich finden, gegen Erstattung dieses Preiffes.

Dafs in den gegenwärtigen Getreidpreiffen — man bedenke, der Scheffel in Schwaben zu 70—80, das Malter in Franken zu 50 und mehr Gulden! — ein mehr als arger Wucher liege, müssen selbst die, diesen Wucher durch ihr Prinzip unbedingter Handelsfreyheit so sehr begünstigenden, Staatswirthe eingestehen. Sie scheinen auch das Unerlaubte dieses Wuchers zu fühlen, finden aber in jenem ihrem Prinzipe ein unbesiegliches Hindernifs, diesen Wucher anzutasten, ob sie gleich mit dem Ausdrücke „Wucher“ an sich schon auch die Rechtswidrigkeit jener Preiffe anerkennen.

Mehr sollte es zwar gar nicht bedürfen, als an diese Rechtswidrigkeit des Getreidpreiffes zu erinnern, um die Nothwendigkeit und Pflicht des Staats, ihn auf die Schranken der Rechtsgemäfsheit zurückzudrängen, allem Zweifel enthoben zu haben. — Allein bis dahin ist es mit Hülfe unserer Kultur gekommen, dafs das Rechts-Interesse im Kollisionsfalle, nach den Ansichten der Staatswirthe, dem Wirthschafts-Interesse weichen mufs. — Man brauchte indessen nur noch wenige Zeit diesem Uebergewichte zu huldigen, um zu sehen, wie fürchterlich sich das Recht an dieser einseitigen und übertriebenen Wirthschaftlichkeit selbst zu rächen wissen würde.

In der alten schlichten Zeit freylich, wo noch ein richtiger Takt des Rechtsgefühls vorherrschte, stellte man ohne Anstand den Wucher überhaupt, und den Fruchtwucher insbesondere, in die Klasse der derb verpönten Verbrechen.

Das *Crimen Dardanariatus* und das *Crimen Annonae* mit den darauf gesetzten Strafen sind den römischen Rechtsgelehrten bekannt.

Nach den deutschen Reichsgesetzen konnte, wenn durch das Aufkaufen solcher Dinge, die zum nothwendigen Lebensunterhalt gehören, dem Staate entweder erweislich Schaden zugefügt worden, oder gar Menschen dadurch das Leben verloren haben sollten, sogar eine Strafe an Leib und Leben statt finden. (P. G. O. Art. 112. 113. 130.) Außerdem sollten (nach den R. Polizeyordn. von 1548. Tit. 18. §. 2. und von 1577. Tit. 18. §. 1.) sowohl die zum Schaden des Staats aufgekauften Sachen, als auch die übrigen Güter der Aufkäufer eingezogen werden. Ueberdies sollten auch diejenigen, welche eine verbotene Aufkäuferey trieben, des Landes verwiesen, und nicht vergeleitet werden. Diejenige Obrigkeit endlich, welche der schädlichen Vorkäuferey keinen Einhalt thun, und solche nicht gehörig ahnden würde, sollte hundert Mark löthigen Goldes bezahlen.

So schützte man sonst gegen Auf- und

Vorkäuferey der gemeinen Lebensbedürfnisse, gegen den Getreidwucher — Allein unsere aufgeklärte Wirthschaftszeit kennt jene Namen gar nicht mehr: sie weiß nichts mehr von schädlichem Auf- und Vorkauf, sondern sie kennt nur Zwischenhändler, und das sind ihr gar achtbare, dem gemeinen Wesen nützliche Leute, die man ja nicht stören, denen man noch weniger etwas zu Leide thun darf. In ihren Strafgesetzbüchern sucht man, — während dem geringsten Dieben und Betrüger die härtesten Strafen drohen, — vergebens gegen den Erwucherer von Tausenden mit Gefahr des Verhungerns für seine Mitbürger, irgend eine Strafe, und so ist es freylich kein Wunder, daß der Wucher mit frecher Stirne ganz offen sein Wesen treibt, und öffentliche Calamitäten, wie die gegenwärtige, schadenfroh herbeyführt und beharrlich steigert.

Sollte man auch jetzt noch, die Beutel der Unterthanen durch Ansprüche an ihre Wohlthätigkeit, und die Kassen des Staats durch Unterstützungen zu leeren, — die, wie schon bemerkt, doch nur ein Tropfen Wasser gegen die verzehrende Flamme sind, — lieber fortfahren, als dem Strome des Wucherunwesens steuern wollen?

Auch wir achten den Getreidhändler, unterscheiden ihn aber scharf vom Kornwucherer, den wir verachten, und von Rechts wegen gezügelt und bestraft wissen wollen.

Wir verachten den Fruchtwucher, als eine ausgezeichnete Unsittlich- und Unmenschlichkeit; doch dafür hat der Wucherer und sein Patron keinen Sinn und keine Schaam. Allein wir beweisen seine Rechtswidrig- und Strafwürdigkeit; und das muß doch wohl von den Regierungen gehört und berücksichtigt werden, weil sie schuldig sind, die Rechte derer, die durch den Wucher verletzt werden, zu schützen und zu schirmen, und nur durch diesen Schutz ihr Recht auf weitere Beiträge von Seite der letztern zu erhalten vermögen.

Jeder Verkauf einer Sache um einen, die Produktionskosten und den gehörigen Gewinn übersteigenden, Preis (*pretium abnorme et injustum*) ist Wucher, welcher mit dem Maße dieses Uebersteigens wächst, und meistens nur in Gefolge eines Vor- oder Aufkaufens möglich wird. Ist er gleich allenthalben unsittlich, so mag ihn gleichwohl die Regierung dulden im Verkehre mit Befriedigungsmitteln bloß relativer Bedürfnisse; denn hier verletzt er nicht Rechte, und nur diese hat die Regierung zu garantiren.

Ganz anders verhält sich's aber im Verkehre mit Befriedigungsmitteln absoluter Bedürfnisse, und dieser wesentliche Unterschied ist es eben, der von den Vertheidigern unbedingter Handelsfreyheit höchst fehlerhaft übersehen wird.

Der Verkauf der Brodfrüchte um einen Wucherpreis, welcher nothwendig bald einem grofsen Theile der Bürger desselben Staats unerschwinglich wird, gleich anfangs aber drückend ist, enthält eine Art des Freyheitsgebrauchs, mit welcher das absoluteste Recht der übrigen Mitbürger, leben zu können, nicht besteht, die folglich widerrechtlich und unstatt-
haft ist.

Aeußerst irrig wähnt man, die Preisbestimmung von unentbehrlichen Lebensmitteln hänge einzig von der Willkühr ihrer Besitzer ab, die nicht beschränkt werden dürfe. Das Recht der übrigen Nichtbesitzer, leben zu können, enthält an sich schon eine, von der Natur selbst und dem allgemeinen Rechtsgesetze diktirte, Schranke jener Willkühr, welcher der Staat Ausdruck und Wirkung zu gewähren hat. Innerhalb dieser Schranke gebührt ihr freyer Spielraum, weil sie sich da mit dem Rechté aller übrigen verträgt, das Gleichgewicht der Freyheit nicht stört; jenseits dieses Marksteins fehlt es ihr aber nicht nur an der allgemeinsten Bedingung rechtlicher Wirksamkeit, sondern sie ist selbst rechtsloser Eingriff in fremdes unbestreitbares Rechtsgebiet, also Rechtsverletzung, oder strafwürdiges Verbrechen. Wenn nun der Preis der Brodfrüchte längst eine Höhe erstiegen hat, auf welcher er für einen grofsen Theil der Staatsbürger schlechterdings unerschwinglich ist, — denn, wer

mögte es leugnen, daß, ohne Unterstützung von Seite des Staats und der Wohlthätigkeitsvereine längst Tausende verhungert seyn würden? — und wenn man der Wohlthätigkeit nicht anmuthen darf, fortdauernd nur die zerstörenden Wunden des ungezügelter Lasters und Verbrechens zu heilen, so liegt wohl die Verpflichtung der Regierungen unverkennbar da, ungesäumt wenigstens in der Art einzuschreiten, daß sie, der Forderung des Rechts gemäß, der Willkühr der Inhaber von Getreidvorräthen den gebührenden Markstein setzen, durch Bestimmung des Maximums des Getreidpreises, berechnet nach den Kosten der Getreiderzeugung und einem verhältnißmäßig billigen Gewinn seiner Produzenten, wie er sich mit den Rechten der Uebrigen verträgt, und die Freyheit Aller in ein richtiges Gleichgewicht zurückführt.

Weit davon entfernt, daß die Staatsgewalt hiedurch in Privatrechte und Eigenthum unbefugte Eingriffe wage, würde sie vielmehr — einer passiven Theilnahme an absoluter Rechtswidrigkeit sich entschlagend — lediglich einer unstatthafter Art des Freyheits- (hier Eigenthums-) Gebrauchs ein Ziel stecken, wie es von ihrer Pflicht, wirkliche Rechte gegen Verletzung zu schützen, durch die Umstände gebieterisch gefordert wird, würde sie nur ein vermeintliches Recht nicht mehr ausüben lassen, welches mit seiner Be-

dingung längst hinweggefallen ist, und die im höchsten Grade mißbrauchte Willkühr in die Grenzen des rechten Gebrauchs zurückbannen.

Sollte das euch, ihr sonst so ehrwürdigen Staatswirthe! nicht einleuchten, dann müßte aller Rechtsbegriff aus euren Köpfen entschwunden seyn, ihr müßtet alle Unterscheidungsgabe zwischen Freyheit des Fruchthandels, und Freyheit des Fruchtwuchers verloren haben, und stumpf und taub geworden seyn gegen das schreyendste Elend eurer Mitbürger! ihr wäret dann, in der That, fürchterliche Menschen!

Ueberdies, in welchen grellen Widerspruch verwickelt ihr euch selbst, und die Regierungen, auf deren Verfahren ihr einfließt! — Dem, doch vielleicht redlichen, Bäcker laßt ihr eine Brodtaxe setzen, und der Gedanke, dem evidenten Fruchtwucherer eine Taxe zu setzen, stößt euch befremdend zurück: Wo liegt denn die Disparität?

Dieser kauft Früchte auf, lediglich um damit zu wuchern; Jener kauft Früchte auf, um sie, durch Hinzuthun seiner Arbeit umgestaltet, wieder zu verkaufen. Beyde befinden sich, in der hier relevanten Rücksicht, in ganz gleichem Falle, denn beyde kaufen, um wieder zu verkaufen, und doch setzt man nur dem einen Taxe! An diesem soll der Wucher verhütet werden, und warum nicht auch am ande-

ren? Ich frage noch einmal: wo ist die Disparität?

Sucht ihr sie etwa in der Zünftigkeit des Bäckers, und der dadurch begründeten Möglichkeit einer Vereinigung dieser Zunftgenossen zu höheren Brodpreisen, während der Fruchthandel Jedermann freygegeben sey? so frage ich euch: ob nicht etwa unter den Kornwucherern, auch ohne Zünftigkeit derselben, eine solche Vereinigung zu stets weiterem Steigern der Fruchtpreise als geschlossen erscheine? und ob nicht gerade dadurch, daß Jedermann dieser verderblichen Tendenz sich anschließen kann, die Quelle des Uebels erweitert sey?

Jetzt findet offenbar nicht mehr eine Concurrency von Verkäufern statt, aus der ein Sinken des Preises hervorgeht, sondern nur eine Concurrency von Menschen, derer Gewinn gierde sich gegenseitig überbietet, und von der ein, jenem der Concurrency in gewöhnlichen Zeiten entgegengesetztes, Resultat die Folge ist. Diese Gewinn gierde hat auch zu weit um sich gegriffen, und zu tiefe Wurzeln geschlagen, als daß man hoffen könnte, sie ohne durchgreifende Mafsregeln wieder in die rechte Bahn zurücktreten zu sehen.

Diese Mafsregeln ohne Verzug in Wirksamkeit zu setzen, ist um so heiligere Pflicht, je einleuchtender es ist, daß durch die fort dauernde Freyheit des Frucht wuchers selbst der eigentliche Grund und Zweck der, den

Bäckern gesetzten, Brodtaxe größtentheils vereitelt werde, daß aber die Uebertheuerung in ihren Fortschritten mit jedem Tage auf die erschöpfte Menschheit verderblicher wirke.

Schon von Andern ist vor mir sehr richtig bemerkt worden.

„Alle diejenigen, welche sich auf Kosten des zum Ruin bestimmten Mittelstandes bereichern wollen, scheinen einen Kartell zu wechselseitiger Unterstützung geschlossen zu haben: ihr ganzes Streben ist, alle Früchte, derer sie habhaft werden können, (wohl gar schon die Früchte auf dem Halme!) aufzukaufen, um Meister des Preises zu bleiben. Diese Früchte liegen auf den Speichern der Landleute, bis der Augenblick kommt, da man ihrer bedarf. Werden sie auch auf den Markt gebracht, so hat die Erfahrung gelehrt, daß auch die größte vorrätthige Quantität den Preis nicht verminderte, weil die Eigenthümer darüber im Voraus einig sind. Nur so ist es erklärbar, daß der Preis nicht sinkt, wenn auch Vorrath an Früchten da, und die Ausfuhr (direkt oder indirekt) untersagt ist. Ueberall liegen solche Blutigel an den Adern des Volks, und blinde Anbeter der Handelsfreyheit finden es göttlich, daß das Land sich auf Kosten des Landes bereichere.“

„Wir lassen gerne jedem seine Meinung, so lange sie blos Meinung ist; wenn sie aber zerstörend in's bürgerliche Leben tritt, wenn

sie ein Unheil zur Folge hat, das eine späte Erkenntniß nicht mehr gut machen kann; dann halten wir es nicht allein für bürgerliche, wir halten es für Menschenpflicht, zu rufen: Ihr hegt eine Schlange im Busen! — Im Zustande der Noth sind halbe Maßregeln so gut, wie gar keine, und selbst ganze Maßregeln können selten wieder gut machen, was halbe verdorben haben. Allzugrofse Theuerung der Lebensbedürfnisse ist (warum will man das nicht einsehen?) für den gröfsten Theil der Menschen Hungersnoth.“

„Nicht mehr den Herzlosen, die in jeder Hütte der Jammer anklagt, wollen wir predigen: wie könnten sie mit ihren metallenen Ohren, da sie den Ruf des Elendes überhören, auf die Stimme der Menschlichkeit achten? — Zu den Vätern der Völker wollen wir sprechen, daß sie eine gerechte Strafruthe erheben über die Vampire, die am Herzen des Mittelstandes und der Armen nagen. „Warum sind die Regierungen so ängstlich, ein Maximum des Fruchtpreisses festzusetzen, da es erwiesen ist, daß der reiche Bauer, der jetzt allein noch Früchte, sey es für eigene oder fremde Spekulation aufbewahrt, schon längst einen unverhältnißmäßigen Gewinn seiner Aerndte in der Tasche trägt?“

Die gerechte Stimme des, den Wucherern gegenüberstehenden, Volkes fordert laut seine Rettung, schnelle Rettung, und diese ist nur

möglich durch wirksame Festsetzung einer gerechten Grenze des Getreidpreisses. Das Gesetz muß diese Stimme des Volks zu der seinen erheben.

Ob es die Meuterer am Glück und Leben ihrer Mitbürger straflos lassen wolle? mag dem Gewissen der Gesetzgeber anheimgestellt bleiben, und seiner Entscheidung, ob die Straffreyheit einer wahren Ruchlosigkeit vor Gott und der Welt verantwortlich sey?

Die geforderte Begrenzung des Fruchtpreisses führt unverkennbar, um wirksam zu seyn — da die Wucherer natürlich um den gesetzlichen Preis nicht würden verkaufen wollen, — zur Nothwendigkeit einer weiteren Mafsregel, und diese kann nur bestehen

In der Beschlagnehmung der aus Gewinnsucht aufgehäuften oder zurückgehaltenen Fruchtvorräthe, gegen Erstattung des gesetzlichen Preisses, und zweckmäfsiger Vertheilung dieser Vorräthe an diejenigen, die ihrer wirklich bedürfen.

Die Nothwendig- und Gerechtigkeit dieser Mafsregel ist nur eine konsequente Folgerung aus den Prämissen, und wenn die Regierung kein Bedenken trägt, zu ihrem Besten, im Falle einer wahren Staatsnoth, ein Gelddarlehen oder Vorschüsse von den Kapitalien-Innhabern zu erzwingen, so darf sie um so weniger Bedenken tragen, im Falle einer wah-

ren Volksnoth, zum Besten des Volks, das Herausgeben der Getreidvorräthe von deren Inhabern zu erzwingen.

Der Rechtsgrund zu einem Zwange der ersteren Art erhellt aus der Erwägung: daß zwar jedes Staatsglied in Absicht desjenigen, was es in der Regel zum Staatsbedarf nicht beyzutragen hat, in der Regel auch völlig freyer (absoluter) Eigenthümer sey, daß jedoch, insoferne zur Erhaltung der — obersten Bedingung aller Rechtssicherheit, nämlich der — Sicherungsanstalt selbst, ein weiteres Opfer des, nach Entrichtung der regelmäßigen Beyträge übrigen, Eigenthums von Seite einzelner Staatsglieder, ausnahmsweis, unumgänglich nothwendig ist, der Staat auch dieses Opfer von ihnen zu fordern berechtigt, und sie, dasselbe zu leisten, vollkommen verpflichtet seyen, indem ein jedes vom Staate regelmäßig zu garantirende Recht, und der Anspruch auf diese Garantie, bedingt ist, durch die Möglichkeit des Bestehens der Rechte aller Staatsglieder, und durch die Möglichkeit der Fortdauer dieser Garantie, mithin sobald diese ohne jenes Opfer unmöglich würde, mit der Bedingung das Bedingte hinwegfällt, und darum diejenigen, welche in der Lage sind, die im Nothfalle sich befindende Rechtsanstalt selbst erhalten zu können, kein Recht haben, das absolut erforderliche Opfer zu verweigern. Was einzelne Besitzer von Geldvorräthen,

unter Voraussetzung einer Staatsnoth, der Regierung ausnahmsweise schuldig sind, und nicht verweigern können, das sind einzelne Besitzer von Getreidvorräthen, in dem, leider! jetzt vorhandenen, Falle einer Volksnoth, auch dem Volke schuldig, und können sie letzterem um so weniger verweigern, da sie ihre Vorräthe der Art doch nur zum Verwerthen angehäuft und zurückgehalten haben, und ihnen ein angemessener Werth allerdings dafür werden soll, in welcher Hinsicht sie daher noch ungleich weniger opfern, als erstere, im Grunde nichts, als einen wucherischen Gewinn, auf den sie ohnedieß kein Recht haben.

Sie dürfen jene Vorräthe, insoweit solche ihren eigenen Bedarf übersteigen, dem Volke nicht verweigern; denn das Volk hat, so wie ein absolutes Recht, leben zu können, auch ein gleich absolutes Recht auf jene, ihm zum Lebenkönnen unentbehrliche, Vorräthe, und weil das beliebige Zurückhalten dieser Vorräthe mit jenem absoluten Rechte sich nicht vertrüge, so kann es ein Recht zu jenem Zurückhalten gar nicht geben, welches vielmehr eine durchaus rechtswidrige Art des Freyheitsgebrauchs, ein grober Mißbrauch der Willkühr wäre, welchen die Regierung nicht nur allein nicht dulden, sondern absolut vereiteln müßte.

Jedes bestimmte Recht eines Menschen drückt eine bestimmte Begrenzung der Frey-

heit der andern in Beziehung auf ihn aus; und nun frage ich: ob wohl die Freyheit der Brodbedürftigen dahin begrenzt seyn könne, daß sie das Hervorgeben der Getreigvorräthe von deren Inhabern um einen ihren Kräften entsprechenden Preis nicht verlangen dürften?

Die nothwendig verneinende Antwort auf diese Frage enthält zugleich den Beweis des Mangels eines Rechts auf Seite der Inhaber von Getreidvorräthen, diese den Brodbedürftigen um den bemerkten Preis einen Augenblick vorzuenthalten. Wenn dagegen jene Inhaber unbestreitbar die Verpflichtung haben, ihrer Freyheit eine, mit der Möglichkeit der Subsistenz aller Andern verträgliche, Grenze zu setzen, so ist das Recht dieser Andern auf jene Vorräthe, gegen Erstattung eines, den Genuß dieses Rechts möglich machenden, Preises, über allen Zweifel erhaben, und die Regierung, welche durch Hervorziehung jener Vorräthe sich wirksam äußert, greift nicht nur nicht in wirklich bestehende Privatrechte ein, sondern erfüllt nur ihre heilige Pflicht, wirkliche Zwangsrechte ihrer Untergebenen gegen grobes Unrecht geltend zu machen und zu schirmen.

Nichts ist dann verletzt, als das Prinzip der Handelsfreyheit, dessen Einseitigkeit, und von Privaten bis zur Verhöhnung alles Rechts getriebenen, Mißbrauch ich als die Mutter und Pflegerin alles Fruchtwuchers, als die Quelle

unseres Elendes, hiermit öffentlich und feyerlich anklage.

Richtet ihr nun, Fürsten! zwischen der Stimme des Rechts, und denen, die, an ihren Smithischen Koran gebannt, „ewig ihre staatswirthschaftlichen Nachbetereyen auskramen, um *a priori* zu beweisen, was *a posteriori* täglich falsch befunden wird;“ zwischen denen, die euch die Wege der Gerechtigkeit zur Rettung eurer Völker, ohne Schonung des Wuchers, zeigen, und jenen, die, während sie nur den Wucher hegen, eure Völker und in ihnen euch selbst an den Rand des Verderbens führen.

Was nützt es, uns ewig zu sagen: „es ist kein Mangel, wie die Schranken beweisen,“ wenn das auf den Schranken Vorhandene so gut, als nicht vorhanden, weil es für die Meisten nicht käuflich ist?

Wozu die Ostseelieferungen, wenn kein Mangel ist? und verdient denn der Wucher eine so ungeheure Schonung, daß man lieber dem Auslande unser Geld zuwirft, als jenem eine gerechte Grenze steckt?

Wenn es wahr ist, daß für unsern Bedarf noch ausreichender Vorrath im Lande sey; warum sollte man denn nicht bewirken wollen, daß dieser Vorrath reell vorhanden, das ist, gerechten Preises kaufbar sey?

Die Mittel dazu sind angedeutet, ihre Ge-

rechtigkeit nachgewiesen, und die Pflicht, sie zu gebrauchen. Ich bin bereit, jeden meiner Sätze, der es bedürfen könnte, näher zu erörtern.

Der Gebrauch dieser Mittel müßte, es ist unverkennbar, den Unterstützungsaufwand mindern, also der Staatskasse nützen, und dem Volke höchst wohlthätig, eine wahre Stütze in der Noth, erscheinen, ohne dem Fruchtproduzenten den erlaubten und gerechten Gewinn seines Arbeitsfleisses zu entziehen, müßte sonach selbst den allseitigen Zwecken richtig verstandener Staatswirthschaft zusagen; und nur solche, vor allem die Schranken des Rechts respektirende, Mittel, welche, nicht blos den übermäßigen Gewinn der einen und der andern Parthey auf Kosten aller Uebrigen, sondern den erlaubten gleichzeitigen Vortheil aller Klassen im richtigen Gleichgewichte zu wahren geeignet sind, beurkunden den wahren Takt ehrwürdiger Staatswirthschaft.

Wenn es nun entschieden ist, daß jede Art individueller Freyheit in den Bedingungen der Möglichkeit einer gleichen Freyheit Aller ihre, von der Natur selbst diktirte, absolute Grenze habe, so muß dies doch wohl unleugbar auch von der Freyheit des Verkehrs und Handels, und, in einem eminenten Grade, von der Freyheit des Verkehrs und Handels mit Befriedigungsmitteln absoluter Bedürfnisse gelten, weil hiebey die Urbedingung

aller Freyheit, alles Rechtsgenusses, die physische Subsistenz der Menschen selbst, zunächst in Gefahr kommen kann.

Diese Natur - nothwendige Grenze der Freyheit des Getreidhandels hat man nicht beachtet und nicht bewacht, und so ist diese Handelsfreyheit in grobe Handelsfrechheit ausgeartet, die, gleich einem Würgengel, von Haus zu Haus, von einem Stande zum andern — freylich aber nur von unten nach oben — schreitet, und ihre Opfer schlachtet.

Sollte man diesem frechen Unwesen auch nur noch einen Tag länger unthätig zusehen wollen und dürfen?

Blosse Verbote der Auf- und Vorkäuferey des Getreids können jetzt nicht helfen, wenn sie gleich vom Zeitpunkte der kommenden Aerndte an nothwendig seyn mögen; denn, gesetzt, daß sie auch gehandhabt werden könnten, so ist doch das Werk des Aufkaufens für jetzt bereits vollendet, und der sonst zügellose Wucher würde sich für jene Beschränkung durch ein noch Höhertreiben der Fruchtpreise zu rächen wissen: sie würden also nur zum entgegengesetzten Ziele führen.

Die Anlegung von Getreidmagazinen in jeder möglichen Gestalt und Art kann, meiner Ueberzeugung nach, nur in Zeiten großen Ueberflusses rathsam seyn; denn hier dienen sie als ein rechtzeitiges Mittel, künftig mög-

lichem Mangel vorzubeugen, welches nicht nur Niemanden beeinträchtigt, sondern vielmehr, indem es eine bedeutende Quantität Getreides außer den Verkehr setzt, ein allzutiefes, den Produzenten niederschlagendes, Sinken des Getreidpreises verhindert; und auf dieses Verhindern hat die Klasse dieser Produzenten unstreitigen Anspruch, weil auch sie ein Recht darauf hat, mittelst ihrer Produkte leben und bestehen zu können, wie jetzt den übrigen Klassen das Recht zukommt, bey ihrem Erwerbe, den Getreidproduzenten gegenüber, nicht zu verhungern.

Ein solches Gleichgewicht des Rechts zu begründen und handzuhaben, das ist die wahre Aufgabe des Staats, und man muß die Staatswirthschaft fragen, warum sie denn gerade nur jetzt einen, für alles andere erblindeten, Eifer für Förderung des Ackerbaues und Bereicherung des Landwirths äußern, während sie vor wenigen Jahren, wo der Getreidpreis wirklich fast zu tief gesunken war, auch nicht die leiseste Spur dieses Eifers blicken ließen, ob er gleich damals ohne seine jetzige gemeinschädliche Wirkung möglich und erwünscht gewesen wäre, und den Landmann vor der Lage bewahrt hätte, aus der sie ihn jetzt — auf Kosten nicht nur, sondern selbst mit Gefahr aller übrigen Klassen — retten zu wollen vorgeben.

Wenn übrigens Menschen, die nie und

nirgends von einer Getreidsperre etwas hören wollen, und lieber die halbe Welt, als ihr Prinzip der Handelsfreyheit aufgeben, in der Anlegung von Getreidmagazinen einen Ausweg zu finden glauben könnten, dann müßte man ihre Kurzsichtigkeit bewundern; als ob das magazinirte Getreid nicht gegen das Ausland gesperrt, und selbst im Inneren dem freyen Verkehre entzogen wäre? als ob die Magazinirung nicht an sich selbst eine, wenn gleich nur partielle, doch in einer andern Hinsicht gedoppelte, Aufhebung der Handelsfreyheit, nach außen nämlich und nach innen, ausspräche?!

Doch, im gegenwärtigen Augenblicke fehlt es an allen Bedingungen der Möglichkeit gewöhnlicher Getreidmagazine, somit an aller Veranlassung, weiter davon zu handeln.

Ist das Land, wenn und weil es ohne eigene Gefahr nichts mehr abgeben kann, wirklich und mit dem gehörigen Nachdrucke gegen Ausfuhr seines Getreids gesichert, wird ein, die allseitigen Interessen in gerechter Art befriedigender und beschränkender Preis, als das Maximum des Fruchtpreises unverzüglich festgestellt, und jeder, wo immer vorfindliche, Vorrath, gegen Erstattung dieses Preises, unachsichtlich geöffnet, und mit gehöriger Umsicht an die Bedürftenden vertheilt, dann ist das ganze Land ein immer noch ausreichendes Getreidmagazin, und das Recht aller Partheyen

auf das höchst nöthige Gleichgewicht zurückgebracht und gesichert.

Nur so ist Hülfe in der Noth möglich; diese Hülfe ist dringend, und es kann, den geführten Beweisen zufolge, nichts hindern, sie zu gewähren, am wenigsten der Unmuth der Wucherer, welchen der höchste Unmuth des größten Theils des Volks in jeder Beziehung überwiegt.

Indem ich aus reinem Pflichtgefühl hierauf die Aufmerksamkeit richte, fällt mir aus der Mainzer Zeitung vom 27. May d. J. eine Stelle bey, welche hieher passen dürfte:

„Alle die, welche bisher gewonnen haben, nennen, weil doch jedes Kind seinen Namen haben muß, diejenigen, welche bey dem blinden Einscharren des Wucherlohns ihnen zuriefen: „Halt, Mitbürger! es sind noch mehr Leute da, die leben wollen!“ mit dem wirklich richtigen Namen Alarmisten, und glauben Wunder, wie siegreich solch eine Benennung wirken werde. Wir verstehen darunter einen Mann, der Feuer ruft, wenn er brennen sieht, und in diesem Sinne bleiben wir Alarmisten, bis das Höllenfeuer gelöscht ist, welches der Wucher angezündet hat.“

In der That! wer die der Verzweiflung nahe Lage der bedeutenden Anzahl von Winzern, von Gebirgsbewohnern, der großen Men-

ge von Klein-Bauern und Handwerkern kennt, und weiß, wie das äußerlich noch scheinbare Hauswesen von Tausenden von Familien durch Schulden in einem Grade unterwühlt ist, welcher mit jedem Tage den Einsturz droht, wer endlich die innersten Gesinnungen des großen Haufens sieht, der wird nicht mißkennen können, daß es ein Verrath an Fürst und Vaterland gewesen sey, noch einen Augenblick länger die erhobene Klage unterdrückt zu haben, und den lauten Ruf:

Hülfe in unserer Noth ist dringend, ist möglich: Gebet sie, ihr, die ihr die Mittel dazu in Händen habt! sie kostet nur die Erlassung und Handhabung einiger, der Gerechtigkeit entsprechenden, Gesetze.

N a c h t r a g.

Diese wenigen Blätter waren bereits unter der Presse, als mir die kürzlich erschienene Schrift „die Getreidsperre und die Landesmagazine, auch eine Veranlassung der Theuerung u. s. w. von Karl Weinreich“ zukam.

Ein würdiger Geselle des Verfassers jenes Aufsatzes in Nr. 60. der Beylagen zur allgem. Zeitung d. J., hat auch er die Resultate seiner einseitig nationalwirthschaftlichen Studien

in schönen Verbrämungen vorgetragen, um *a priori* zu beweisen, was jeder unsrer traurigen Tage *a posteriori* als unwahr widerlegt.

Von einem Rechte aller anderen, den Getreid-Produzenten und Händlern gegenüber stehenden Staatsbürgerklassen ist hier kein Gedanke, viel weniger eine Rede: Wie hätte da auch die erste Pflicht des Staats, ein Gleichgewicht der Rechte und rechtlichen Freyheit unter allen Staatsbürgerklassen zu begründen und handzuhaben, Berücksichtigung finden können?

Der gefürchtete Getreidwucher ist ein eitles Phantom! es giebt, auch jetzt, nur Getreidhändler, und durch diese wird das Jahr hindurch ein verhältnißmäßiger Preis hergestellt, werden heftige Sprünge in den Preisen der nöthigsten Nahrungsmittel, welche den Wohlstand der Familien zerstören, glücklich vermieden, so, daß jeder gute Bürger wünschen muß, daß sie ja nicht für sein Vaterland aussterben!

Lebt denn dieser Mann wirklich in Europa, in Deutschland? — Man kann es kaum glauben, da er so gar nichts von dem grenzenlosen, gegenwärtigen Mißbrauche der Handelsfreyheit, und noch weniger von der jetzigen großen Noth vieler Klassen seiner Mitbürger zu ahnen scheint, nichts von der dringenden Nothwendigkeit, ihr abzuhelpen?

Die Klasse der Getreidhändler gewährt nach ihm, durch ihr Privat-Interesse angetrieben, für das Wohl des Ganzen so viel Nutzen, auch jetzt, (??) daß er, weit davon entfernt, unter dem Deckmantel der Sorgfalt für's allgemeine Wohl gehemmt werden zu dürfen, vielmehr durch feste Grund-

sätze gesichert werden muß, wenn auch der erwünschte Erfolg erst nach Jahren eintritt.

Wer dürfte das, was allerdings von einer, ihre rechtlichen Grenzen respektirenden, und dann nur nützlichen und achtungswerthen Handelsfreyheit gilt, auf die gegenwärtige Frechheit im Getreidhandel anwenden?

Doch, der Pöbel, das Vorurtheil schreit nur, es ist nur die Stimme des unwissenden Haufens — der da nicht verhungern will, um die Habgierde der Spekulanten ferner zu befriedigen — aber man lasse sich ja dadurch nicht irre machen!

Wird nur der Ackerbau gehoben, so mag alles andere untergehen; — jener ist ja der Hauptpfeiler des Nationalwohlstandes!

Und das wagt man noch als die höheren Anforderungen des gesammten Staatslebens auszugeben! — In der That, hier erscheint die Arroganz verblendeter Einseitigkeit auf ihrem Kulminationspunkte.

Unmöglich kann es eine höhere Anforderung des gesammten Staatslebens geben, als eben die einer Handhabung des Gleichgewichts rechtmäßiger Freyheit in jeder Beziehung. Dieses Gleichgewicht ist jetzt auf eine empörende Weise gestört, und jeder im Staate ist berechtigt und verpflichtet, um seine schleunige Wiederherstellung anzurufen.

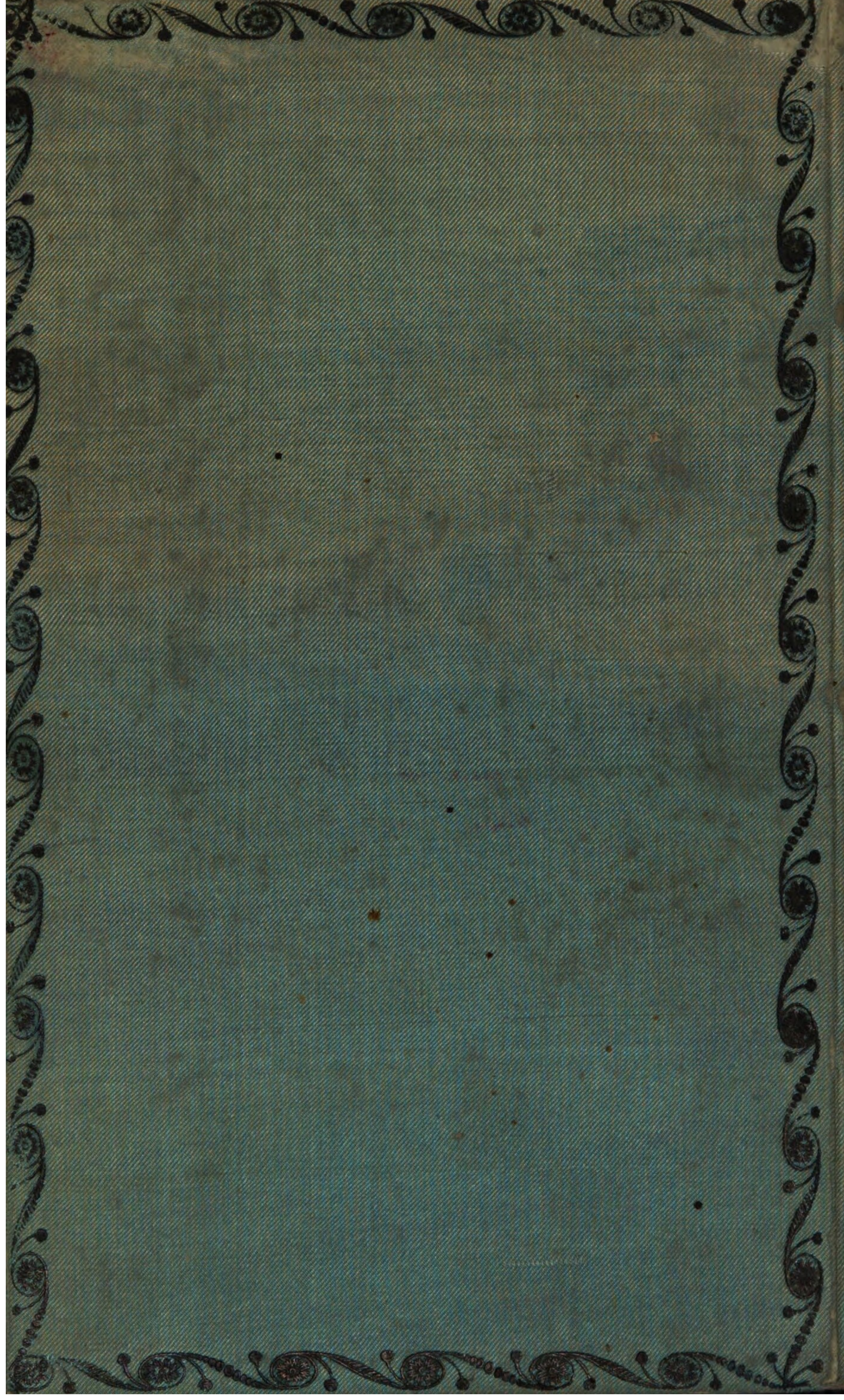
Indem ich dieses gethan habe, hoffe ich, man werde diesen Blättern ein eben so freyes Leben gönnen, als jenem Resultate der Weinreich'schen Muse. Denn es bedarf für viele Staaten des von mir geführten Beweises, daß — der mißbrauchten Willkühr in der Steigerung des Getreidpreises einen Damm setzen, — nichts weniger, als ein Eingriff in Pri-

vatrechte und Eigenthum, sondern pflichtmäßiger Schutz gegen grobes Unrecht sey.

Auch glaube man ja nicht, es sey alles abgethan, wenn nur die jetzige Katastrophe überstanden wäre; die rechtswidrige Habsucht, einmal angeregt, und durch das Gelingen ihrer Pläne kühn geworden, würde — zügellos gelassen — mehrere der jetzigen ähnliche Perioden ohne Zweifel zu bewirken wissen. — Darum sind bleibende, die Ausfuhr und den Wucher, in gerechter Art begrenzende Gesetze dringendes Bedürfnis unserer Zeit. Es nicht beachten zu wollen, könnte schwer verantwortlich werden.

Im baierischen Staate hat ohnedieß die von mir vorgeschlagene Zwangsmaßregel in der — die Abtretung eines Privateigenthums für öffentliche Zwecke betreffenden — Verordnung vom 14ten August 1815. §. 1 und 5, eine positiv gesetzliche Stütze, und den gegenwärtigen Fall allgemeiner Noth nicht unter diese Verordnung subsumiren wollen, hiesse deren Geist in einem hohen Grade verleugnen.

Geschrieben in den ersten Tagen des Julius 1817.



Behr, Wilhelm Joseph,

Das Recht und die Pflicht der Regierungen in Beziehung auf die gegenwärtige Theuerungsangelegenheit staatswiss. erörtert

Würzburg 1817

Don.Lud. LXIX,1

urn:nbn:de:bvb:12-bsb10728632-0